

Auer Tageblatt

Redaktionspreis: Durch unsere neuen Preisliste kann man sich über die Kosten für den Abdruck von Anzeigen und Inseraten im Auer Tageblatt leicht orientieren. Die Preise sind für den Monat, den halben Monat, den viertelmonatlichen und den vierteljährlichen Abdruck festgesetzt. Durch den Abdruck von Anzeigen und Inseraten im Auer Tageblatt kann man sich über die Kosten für den Abdruck von Anzeigen und Inseraten im Auer Tageblatt leicht orientieren. Die Preise sind für den Monat, den halben Monat, den viertelmonatlichen und den vierteljährlichen Abdruck festgesetzt.

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer So.intagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage: nachmittags 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Erzgebirge. Preis pro Zeile 50. Für unerlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Redaktionspreis: Durch unsere neuen Preisliste kann man sich über die Kosten für den Abdruck von Anzeigen und Inseraten im Auer Tageblatt leicht orientieren. Die Preise sind für den Monat, den halben Monat, den viertelmonatlichen und den vierteljährlichen Abdruck festgesetzt. Durch den Abdruck von Anzeigen und Inseraten im Auer Tageblatt kann man sich über die Kosten für den Abdruck von Anzeigen und Inseraten im Auer Tageblatt leicht orientieren. Die Preise sind für den Monat, den halben Monat, den viertelmonatlichen und den vierteljährlichen Abdruck festgesetzt.

Nr. 265

Mittwoch, den 13. November 1918

13. Jahrgang

Der Belagerungszustand aufgehoben.

Ueber 10¹/₄ Milliarden auf die 9. Kriegsanleihe gezeichnet.

Milderungen der Waffenstillstandsbedingungen

Den deutschen Bevollmächtigten im französischen Hauptquartier ist es erfreulicherweise gelungen, einige Milderungen der harten Waffenstillstandsbedingungen durchzusetzen. Ein von uns schon gestern durch Sonderblatt ausgegebenes Telegramm meldet darüber was folgt:

Nach einem gestern vormittag gegebenen Zuspruch der deutschen Bevollmächtigten an die Oberste Kommandierung sind in den Waffenstillstandsbedingungen noch einige Änderungen vorgenommen worden. Unter anderem soll die auf dem rechten Rheinufer vorbehaltene neutrale Zone sich bis zu einer Entfernung von 10 km statt 30 bis 40 km vom Fluß erstrecken. Die Zahl der auszuliefernden Lastkraftwagen wird auf 5000 statt auf 10000 festgesetzt. Bezüglich der Kriegsgefangenen ist vereinbart, daß die Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen, die in Holland und in der Schweiz interniert sind, wie bisher fortgesetzt wird. Die Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen wird bei Abschluss der Vorliebverhandlungen geregelt. Die Bestimmungen über die U-Boote lautet: Auslieferung aller U-Boote, einschliesslich der U-Boot-Kreuzer und Minenleger mit ihrer Bewaffnung und vollständigen Ausrüstung. Sie fahren nach den von den Alliierten bezeichneten Häfen. Solche, die nicht in See stehen können, werden abgerüstet, vom Personal verlassen und unter Bewachung gestellt. Die zu internierenden Schiffe müssen bereit sein, die deutschen Häfen binnen 7 Tagen zu verlassen. Bezüglich der Blockade heißt es: Die Alliierten sind der Ansicht, daß die Fortsetzung der Blockade die Lebensmittelversorgung Deutschlands nach geschlossenen Waffenstillstand nicht verhindern wird, in dem Maße, wie sie es für nötig halten werden. Die Alliierten und die Vereinigten Staaten beschäftigen sich jedoch mit der Frage der Lebensmittelversorgung Deutschlands während des Waffenstillstandes in dem für notwendig erachteten Maße. Die Dauer des Waffenstillstandes wird auf 35 Tage festgesetzt mit der Möglichkeit der Verlängerung und der Kündigung, falls die Klauseln nicht durchgeführt werden.

Zur inneren Lage.

Das Programm der neuen Regierung.

Ein Aufruf des Rates der Volksbeauftragten kündigt an, die Regierung setze sich zur Aufgabe, das sozialistische Programm zu verwirklichen und verhandelt mit Gesetzkraft: Aufhebung des Belagerungszustandes, sowie aller Beschränkungen des Vereins- und Versammlungswesens auch für Beamte und Staatsarbeiter, Aufhebung der Zensur, freie Meinungsäußerung, Freiheit der Religionsübung, politische Amnestie, Aufhebung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst, Aufhebung der Gewerbeordnung, sowie der Ausnahme-gesetze gegen Landarbeiter und die Wiederumkehrung der Arbeiterbeschützungsbestimmungen. Spätestens zu Neujahr soll der achtstündige Arbeitstag in Kraft treten. Die Regierung kündigt ferner an: Sorge für ausreichende Arbeitsmöglichkeiten, Unterstützung von Erwerbslosen, Erhöhung der Versicherungsbeiträge bei der Krankenversicherung, Bekämpfung der Wohnungsnot, Sicherung geregelter Volksernährung, die Aufrechterhaltung geordneter Produktion, Schutz des Eigentums gegen Eingriff Privater. Alle öffentlichen Wahlen sollen nach dem gleichen, geheimen, direkten und allgemeinen Wahlrecht

nach dem Proportionalssystem für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen erfolgen, ausser für die konstituierende Versammlung, über die nähere Bestimmung erfolgt.

Berlin, 12. November 1918.

Ebert. Haase. Scheidemann.
Landsberg. Dittmann. Barth.

Die Arbeitsverteilung in der neuen Regierung.

Für die Besetzung ihrer Dienstgeschäfte hat die Reichsregierung nachfolgende Arbeitsverteilung vorgesehen: Ebert Inneres und Militärisches, Haase Außenwesen und Kolonien, Scheidemann Finanzen, Dittmann Demobilisierung, Verkehrswesen, Rechtspflege, Volksgesundheit, Landberg Presse und Nachrichtenwesen, Kunst und Literatur, Barth Sozialpolitik.

Thronverhältnisse.

Karl Leopold IV. zu Lippe hat dem Thron entsagt. Auch der Herzog von Anhalt hat auf den Thron verzichtet, ebenso der Großherzog von Oldenburg.

Vom Reichstag.

Die für heute Mittwoch angekündigte Reichstags-Sitzung findet nicht statt.

Eine Witzzeile an Branding.

Ein sozialdemokratischer Witzschuß in Berlin hat sich an den schwedischen Sozialistenführer Branding gewendet, er möge bei der Internationale seinen Einfluß für maßvolle Friedensbedingungen für Deutschland geltend machen.

Ein Demobilisierungsamt.

Für Vederführung des deutschen Wirtschaftslebens in den Frieden ist eine oberste Reichsbehörde unter der Bezeichnung „Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisierung (Demobilisierungsamt)“ errichtet worden. Mit der Leitung dieses Amtes ist der bisherige Oberleutnant Koeth, Vetter der Kriegsohnenabteilung, beauftragt worden. — Der Berliner Arbeiter- und Soldatenrat befehlt: Das Demobilisierungsamt in Berlin, Leiter Dr. Koeth, ist vom Arbeiter- und Soldatenrat befehlt. Die Demobilisierungskommission im Reich arbeiten von heute an im Auftrage und Interesse des Arbeiter- und Soldatenrates. Die Arbeiter- und Soldatenräte im Reich haben den Umstellungen der Kommission Folge zu leisten.

Die neue Staatsgewalt und die Presse.

Schriftleiter der Dresdner Zeitungen und Vertreter großer auswärtiger Blätter, die sich berufsmäßig mit Fragen der Politik beschäftigen, haben sich mit den durch die Revolution für ihre Tätigkeit geschaffenen Lage befaßt. Sie haben den Vertretern der neuen Staatsgewalt gegenüber erklärt, sie seien voraus, daß die neue Staatsgewalt der Presse gegenüber mindestens im gleichen Maße Achtung und Entgegenkommen erweisen wird, wie es die bisherige Staatsgewalt im Interesse der Öffentlichkeit getan hat. Sie fordern u. a. ungehinderten Zutritt zu den Arbeiterräumen und Presseräumen der beiden Ständekammern, Zutritt zu den Verhandlungen des Arbeiter- und Soldatenrates und der sonstigen von der neuen Regierungsgewalt eingesetzten beschlussfassenden Körperschaften, vollständigen Wegfall der Zensur und der Überwachung der Pressegespräche und Telegramme, Sicherstellung der Presse vor Eingriffen in ihre Besitz- und Anstellungsverhältnisse ungeachtet der Forderungen der Verleger. Diese Forderungen wurden dem Soldaten- und Arbeiterrat durch eine Abordnung überbracht. Der Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrates sagte die loyalste Erfüllung der Forderungen zu. Nur zwei Einschränkungen behalte er sich vor. Erstens: die Sitzungen des Arbeiter- und Soldatenrates sollen, solange organisatorische Fragen behandelt werden, geheim bleiben; zu den späteren Beratungen jedoch, namentlich zu den gesetzgeberischen Angelegenheiten, würde die Presse Zutritt erhalten. Eine Pressezensur soll zwar nicht bestehen, jedoch würde die neue Regierung keine Unterstützung einer gewalttätigen Gegenbewegung durch die Presse zulassen; eine sachliche Kritik aber werde in keiner Weise behindert werden.

Ein Soldatenrat im Kriegsministerium.
Auch im Kriegsministerium in Berlin hat sich ein Soldatenrat gebildet.

Bildung von Bürgerausschüssen.

Der Hansabund veröffentlicht folgendes: Die Erfahrungen der letzten Zeit beweisen, daß das deutsche Bürgertum als solches den schwersten inneren Umwälzungen tatenlos gegenübersteht. In dieser entscheidenden Stunde fordern wir das deutsche Bürgertum auf, zur sofortigen Bildung von Bürgerausschüssen überall in Deutschland zu schreiten. Diese Bürgerausschüsse haben in Verbindung mit der Reichsleitung und den bestehenden Arbeiter- und Soldatenräten in erster Linie folgende Aufgaben zu lösen: Wahrung der Bürgerrechte und der vollen Gleichberechtigung des Bürgertums bei Staatsmaßnahmen. Zur Bildung eines solchen Bürgerausschusses für Großberlin haben wir bereits die nötigen Schritte getan. Hansabund: Dr. Rieker.

Zur Eindeutigkeit des A. und S. Rates.
Der Vereinigte revolutionäre Arbeiter- und Soldatenrat hält seine Tagungen seit Montag im Ständehaus in Dresden ab. Der Exekutivrat werden Ausschüsse angegliedert, die die vorbereitenden Arbeiten für Demobilisierung, Ernährungsfragen, Wohnungsversorgung, Sanitätswesen und Kunstpflege zu leisten haben.

Verfügen über den Eisenbahndienst.

Die Generaldirektion der sächsischen Staatseisenbahnen hat folgende Verfügung erlassen: Der Eisenbahndienst wird allenthalben gemäß den bisherigen Vorschriften aufrechterhalten. Die Zuständigkeit der Dienststellen bleibt unverändert, ebenso die Rechte und Pflichten der einzelnen Beamten, Arbeiter und sonstigen Bediensteten. Diese Verfügung ist durch Anschlag in den Dienst- und Aufenthaltswohnungen bekanntzugeben.

Die Lage in Belgien.

Nachdem das Stadiberordneterkollegium vom Arbeiter- und Soldatenrat aufgelöst wurde, sollen in 14 Tagen neue Wahlen stattfinden. Daran können sich alle männlichen und weiblichen Personen, die das 20. Jahr erfüllt haben, beteiligen. Gewählt wird nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht.

Das Parlament der neuen Regierung in Sachsen.

Mitte nächster Woche sollen die Wahlen für ein vorläufiges Vorparlament der neuen Regierung stattfinden. Wahlkörper werden lediglich die Truppendivisionen, die Abgeordnete für den Soldatenrat, und große industrielle Betriebe, die Abgeordnete für den Arbeiterrat wählen sollen. Die Gewählten beider Wahlkörper werden dann zu einem Vorparlament stimmberechtigt sein, das die Vorbereitung für die Aufhebung der Wahlen zu einer Nationalversammlung auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für Männer und Frauen zu erledigen hat. Das in den Truppendivisionen und in den Arbeitsstellen der Industrie nicht vertretene Bürgertum wird also von der neuen Regierung für die zunächst geltenden gesetzgeberischen Körperschaften vollständig ausgeschlossen.

Die Lage in Bayern.

Eine Proklamation des abgedankten Königs wird in München erwartet. Sie dürfte die Abdankung der Dynastie verkünden. Allerdings steht der Wunsch des Königs nicht fest. Der frühere Ministerpräsident v. Dandl und der stellvertretende frühere Kriegsminister, der General v. Speidel gibt mit Genehmigung des Ministers für militärische Angelegenheiten in einem Erlaß bekannt, daß der König zurzeit nicht auffindbar sei.

Heußerungen des Reichskanzlers Ebert.

Die künftige deutsche Republik.
Der Reichskanzler Ebert empfing vorgestern, wenige Stunden, nachdem er sein Amt angetreten hatte, einen Vertreter des Holländisch Neuwes Bureaus. Der Kanzler sagte den Sinn der Beschlüsse dieses Tages etwa wie folgt zusammen: Die Sache der Freiheit hat heute in Deutschland einen ihrer großen Siegestage erlebt. Das deutsche Volk

hat geliegt und die autorisiertere Herrschaft der Hohenzollern, Wittelsbach, Welfen usw. gestiftet. Deutschland hat seine Revolution vollendet. Wir haben schon tatsächlich alle Macht in Händen gehabt, ehe die Vertreter der alten Herrschergewalten sie uns übertrugen. Diese Entwicklung hat sich in Deutschland seit Kriegsbeginn von langer Hand angedacht und wäre wohl bei jedem Friedensschluss alsbald zum Durchbruch gekommen. Aber jetzt wird wohl auch der Zweifelschlichter erkennen, daß es mit dem Monarchismus und Imperialismus in Deutschland endgültig vorbei ist. Wer nur aus Besorgnis vor diesen Mächten oder aus Haß gegen sie uns bekämpft hat, muß nun völlig zufriedengestellt sein. Die deutsche Republik wird keinen höheren Ehrgeiz kennen, als den, die Deutschen zu schaffender Friedensarbeit zusammenzuführen. Die konstituierende Nationalversammlung der deutschen Volkrepublik wird eine Regierung einsetzen, die so genau, wie überhaupt menschenmöglich ist, dem Volkswillen entspricht. Auf die Frage, ob das neue republikanische Regime noch größere Kämpfe zu bestehen haben würde, ehe es sich endgültig befähigt, antwortete der Reichstagspräsident: Unser Sieg ist ganz unblutig, ich möchte fast sagen: leicht und vollständig gewesen. Daß die alten Gewalten sich noch einmal zum Kampfe um die Macht stellen könnten, scheint mir gänzlich ausgeschlossen. Deutschlands künftige Staatsform ist die Republik und der freie deutsche Volksstaat wird sich glücklich fühlen, dem Völkerbund der freien Nation ein gleichberechtigtes Mitglied zu werden.

Eine Rede Wilsons.

Lebensmittelhilfe für die Mittelmächte.

Präsident Wilson hielt im Kongreß zu Washington eine Ansprache, in der er die Bedingungen des Waffenstillstandes mittelste und u. a. ausführte:

Das eine Ziel dieses Krieges sei erreicht. Der bewaffnete Imperialismus, so wie ihn die Männer verstanden, die noch gestern die Herren Deutschlands waren, ist zu Ende. Die Weltmacht der Willkür des Deutschen, die geheim und aus eigener Macht den Weltfrieden stören konnte, ist vernichtet, und viel mehr als das ist erreicht. Die großen Nationen, die sich verbündeten, um sie zu vernichten, haben sich jetzt endgültig zu dem gemeinsamen Ziel vereinigt, einen Frieden auszurichten, der die Sehnsucht der ganzen Welt nach ungetrübter Gerechtigkeit befriedigen wird, und der in Ausgleich bestehen wird, die auf etwas Besserem und Dauerhafterem beruhen werden, als selbstischen, konkurrierenden Interessen mächtiger Staaten. Der humane Sinn und die Absicht der siegreichen Regierungen hat sich bereits in einer praktischen Weise bezeugt. Ihre Vertreter in dem Obersten Kriegsrat zu Versailles haben durch einstimmigen Beschluß den Vertretern der Mittelmächte versichert, daß alles, was den Umständen nach möglich ist, gesehen soll, um sie mit Lebensmitteln zu versorgen und das Elend zu erleichtern, und es sollen unmittelbar Schritte getan werden, die Unterstützungsmassregeln in systematischer Weise zu organisieren, wie es in Belgien geschehen ist. Mit Hilfe des brachliegenden Schiffsraumes der Mittelmächte sollte es alsbald möglich sein, die unterdrückten Völker von vollständiger Verelendung zu befreien und ihnen den Sinn für die großen Aufgaben des politischen Aufbaues klar zu machen, denen sie sich jetzt überall gegenübersehen. Mit welchen Regierungen werden wir es bei der Ausrichtung des Friedens zu tun haben, mit welcher Autorität werden sie uns gegenüberreten und mit welcher Würde, daß ihre Autorität von Dauer sein wird? Hier liegt ein Grund für keine geringen Sorgen und Befürchtungen. Wenn Frieden geschlossen ist, auf dessen Versprechungen und Verpflichtungen, außer denen von uns selbst, wird er ruhen? Seien wir offen gegen uns selbst und geben wir zu, daß diese Frage jetzt sofort nicht beantwortet werden kann. Aber die Moral ist, daß Hoffnung besteht, daß eine befriedigende Antwort möglich ist. Die Völker, die eben erst aus dem Joch der Willkür heraustraten sind und die jetzt endlich in den Besitz ihrer Freiheit gelangen, stehen jetzt vor ihrer ersten Probe. Wir müssen uns ruhig halten, damit sie sich selbst finden, und in der Zwischenzeit müssen wir den Frieden aufrechten, der ihren Platz unter den Nationen gerecht bestimmt, alle Furcht vor ihren Nachbarn und feindseligen Herren beseitigt und sie instand setzt, sicher und zufrieden zu leben, wenn sie ihre eigenen Angelegenheiten in Ordnung gebracht haben. Ich persönlich zweifle nicht an ihrer Weisheit oder an ihrer Fähigkeit. Einige glückliche Angelegenheiten sind vorhanden, daß sie den Weg der Selbstbeherrschung und friedlichen Anpassung kennen und suchen werden. Wenn sie das tun, werden wir unsere Unterstützung in jeder möglichen Weise zur Verfügung stellen. Tun sie es nicht, so müssen wir Geduld und Sympathie bewahren und die Genesung abwarten, die am Ende sicher kommt.

Eine Ansprache Clemenceaus.

Clemenceau sagte in einer Ansprache an Journalisten, Deutschland habe mit seiner Kapitulation bis zur Erschöpfung gewartet und sei jetzt außerstande, seine Lebensmittelvorräte aufzufüllen. Da die Lage in Deutschland und Oesterreich-Ungarn verzweifelt sei, würden die Alliierten ihnen bis zum äußersten beistehen, da sie für und nicht gegen die Menschlichkeit kämpften.

Eine Rundgebung Hindenburgs.

Der Generalfeldmarschall von Hindenburg hat an die deutsche Armee nachfolgenden Erlaß gerichtet: An die Armee! Der Waffenstillstand ist unterzeichnet worden. Bis zum heutigen Tage haben wir unsere Waffen in Ehren geführt. In treuer Hingabe und Pflichterfüllung hat die Armee...

ges vollbracht. Im siegreichen Angriffsschlachten und später Abwehr, in hartem Kampfe zu Lande und in der Luft haben wir den Feind von unseren Grenzen ferngehalten und die Heimat vor den Schrecknissen und Verwüstungen des Krieges bewahrt. Bei der wachsenden Zahl unserer Gegner, bei dem Zusammenbruch der uns bis an das Ende ihrer Kraft zur Seite stehenden Verbündeten, bei den immer drückender werdenden Ernährungs- und wirtschaftlichen Sorgen hat sich unsere Regierung zur Annahme harter Waffenstillstandsbedingungen entschließen müssen, aber aufrecht und stolz gehen wir aus dem Kampf, den wir über 4 Jahre gegen eine Welt von Feinden bestanden, hervor. Aus dem Bewußtsein, daß wir unser Land und unsere Ehre bis zum äußersten verteidigt haben, schöpfen wir neue Kraft. Der Waffenstillstandsvertrag verpflichtet zum schnellen Rückmarsch in die Heimat, unter den obwaltenden Verhältnissen eine schwere Aufgabe, die Selbstbeherrschung und treueste Pflichterfüllung von jedem einzelnen unter euch verlangt, ein harter Prüfstein für den Geist und den inneren Halt der Armee. Im Kampfe habt ihr euren Feldmarschall niemals im Stich gelassen, ich vertraue auch jetzt auf euch.

Das Große Hauptquartier ist mit Genehmigung der Regierung durch Hindenburg von Spa nach Domburg vor der Höhe verlegt worden.

Vom Kaiser.

Der Kaiser in Holland. Rotterdamer deutsche Kreise haben der deutschen Regierung folgende Anregung unterbreitet: Es wird hier als unwürdig für das deutsche Volk empfunden, daß der ehemalige Deutsche Kaiser im neutralen Ausland Schutz sucht, wo er den Pressestimmen und dem Auftreten der Bevölkerung zufolge als ungeliebter Gast angesehen wird und der holländischen Regierung anscheinend Schwierigkeiten bereitet. Man glaubt hier, daß der augenscheinlich bis zum letzten Moment schlecht beratene ehemalige deutsche Monarch sicher nicht in der Zwangslage gewesen wäre, seine Person außerhalb der Landesgrenzen in Sicherheit zu bringen. Wir hielten es des mündigen deutschen Volkes für würdig, wenn es durch die von ihm erlorene Regierung auch ihm, als deutschem Volksgenossen, eine Heimstätte in Deutschland anweisen würde. Wir stellen es uns so vor, daß ein Arbeiter- und Soldatenrat irgendwo im Reich der Regierung in Berlin zu erkennen geben würde, daß in seinem Bezirk ein in jeder Hinsicht gesicherter Ruheort für den bisherigen Kaiser, sei es nun ein Schloß oder Landgut, zur Verfügung steht.

Die englische Presse über den Kaiser. Nach einem Londoner Telegramm schreiben die „Morning Post“ und die „Times“, die Alliierten würden, falls der Deutsche Kaiser auf neutrales Gebiet flüchten sollte, seine Auslieferung verlangen, um ihn, wie vor hundert Jahren Napoleon, auf Lebenszeit zu internieren und unschädlich zu machen. In gleichem und noch deutlicherem Sinne äußert sich die „Daily Mail“.

Wo ist der Kronprinz? Mitglieder des Gefolges des Kaisers, denen man das Gerücht erzählt, der Kronprinz sei erschossen worden, bestritten dies und sagten, der Kronprinz befände sich in Sicherheit in der Schweiz. Das Gerücht von dem Tode des Kronprinzen soll nach einer Meldung des „Waberland“ von der holländischen Grenzschutztruppe, wird aber sonst von keiner Seite bestätigt. Nach der Darstellung des „Waberland“ wurde der Kronprinz, als er Sonntagabend die holländische Grenze überschreiten wollte, durch eine deutsche Wache angehalten. Am Montag versuchte er nochmals über die Grenze zu entkommen. Dabei entstand ein Gesecht, bei dem der Kronprinz gefallen sein soll. Nach anderer Meldung wolle der Kronprinz noch immer an der deutschen Front.

Prinz Heinrich in Dänemark. Nach Meldungen von der deutsch-dänischen Grenze ist Prinz Heinrich bereits am Freitag in Dänemark eingetroffen und hat in dem südbaltischen Städtchen Wamdrup Aufenthalt genommen.

Lloyd George Triumphator.

Eine Szene aus dem englischen Unterhause. Aus London wird berichtet: Das Unterhaus war am Montag überfüllt. Lloyd George, der mit begeisterten Rundgedungen begrüßt wurde, verlas die Waffenstillstandsbedingungen für Deutschland, die, wie er sagte, um 5 Uhr morgens nach einem die ganze Nacht hindurch währenden Meinungsaustrausch unterzeichnet worden waren. Asquith sagte, die Waffenstillstandsbedingungen zeigten, daß der Krieg nicht wieder aufgenommen werde. Auch glaube er, daß die Welt in eine Ära eintrete, in welcher der Krieg etwas Ueberwundenes sei. (??) Die Mitglieder des Hauses begaben sich darauf in feierlichem Zuge zur Kirche.

Scheidemann gegen Lloyd George.

Eine Zurückweisung englischer Annahmen. Wir haben in unserer gestrigen Nummer von einer Rede des englischen Ministerpräsidenten Lloyd George Kenntnis gegeben, in der dieser dem deutschen Volke eine harte Abrechnung in Aussicht stellte. Dazu hat sich nun der Minister Scheidemann wie folgt geäußert: Lloyd George baut den Triumph über die unglückliche Lage des deutschen

Volkes auf zwei Gesichtspunkten auf: Er predigt die Vernichtung des deutschen Volkes, weil es an der Kriegspolitik seiner alten Regierung einheitlich mit Schuld sei und er preist die Einigkeit des englischen Volkes und Reiches, das ebenso einheitlich noch immer hinter der Kriegspolitik seiner Regierung stehe. Von diesen Behauptungen ist die eine so unwahr wie die andere. Lloyd George weiß sehr wohl, daß weite Kreise des Volkes und sogar ein großer Teil seiner alten Regierung die von der früheren Obersten Seeresleitung befolgten Grundzüge nicht gebilligt und ihrer Billigung auch vor der Welt wiederholt ungeschämt Ausdruck gegeben haben. Lloyd George weiß ebenso gut, daß die von ihm gepriesene Einigkeit des englischen Volkes in Wirklichkeit nicht besteht. Durch die englischen Völker und die englische Flotte und Flotten geht derselbe scharfe Gegensatz einer im Dienst der kapitalistischen Eroberungspolitik stehenden Leitung und den Massen, die es mieden, sich von dieser Leitung die fürchterlichen Kämpfe gegen Brüdervölker weiter aufzwingen zu lassen, zumal die Erinnerung an einen Zustand noch frisch ist, wo die alte Freiheit des Bürgers noch nicht der Einführung des kontinentalen Militarismus zum Opfer gefallen war. Lloyd George ist so unvorsichtig, diese Massen seines Volkes durch sein Triumphgeschrei selbst auf den Grund seiner imperialistischen Politik zu lassen. Er verkündet offen, die von Deutschland den Ententeländern brüderlich angebotene Veröhnung so lange hinausgezögert zu haben, damit in Deutschland die letzten Stützen der Ordnung unter der fürchterlichen Not zusammenbrechen sollten. Das deutsche Volk ist in diesen großen Tagen dabei, Lloyd George zu beweisen, daß seine selbstgegebene Ordnung dieser fürchterlichen Not vollen Stand hält. An dem englischen Volk und den anderen Völkern der Entente wird es sein, die Stunde der Weltbefreiung zu einer ungewöhnlichen Absage an den Imperialismus ihrer Regierungen zu benutzen.

Deutschland und Polen.

Die Polen im Anmarsch auf Posen.

Dem Dresdner Arbeiter- und Soldatenrat des stellw. Generalkommandos 12 wird mitgeteilt: Der Heilmannsdienst meldet: Auf Posen sind Polen im Anmarsch. Ungefähr 3000 bis 4000 Mann regulärer Truppen, die durch befreite Gefangene verstärkt sind.

Das Unternehmen der Polen wäre, wenn es sich bestätigte, lediglich ein toller Handreich. Die Polen werden sich irren, wenn sie glauben, für sich allein den Friedenswillen der gesamten Kulturwelt durchkreuzen zu können.

Eine weitere Meldung besagt: Es liegen verlässliche Nachrichten vor, daß sowohl in Oberschlesien als auch im Posenschen Gebiet polnische Legionäre und undisziplinierte Verbände eingetroffen sind und raubend und plündernd Besitz von den Ortschaften ergreifen. Der Rat der Volksbeauftragten hat gemeinsam mit dem Arbeiter- und Soldatenrat energische Maßnahmen getroffen, um die deutschen Volksgenossen in diesem Gebiet zu schützen.

Chaos in Polen.

Die politischen Verhältnisse im neuen Polen sind in vollkommene Verwirrung geraten. Die Regierung in Warschau verfügt nicht mehr über die geringste Autorität. Sowohl im ehemaligen österreichischen Okkupationsgebiet, wie in Galizien haben sich mit dem Siege in Lublin und Krakau neue Regierungen gebildet, die die Warschauer Zentralregierung nicht anerkennen. Nach Informationen Warschauer Blätter hat die polnische Liquidationskommission in Krakau ein drahtloses Telegramm an die Regierungen in Washington, London und Paris gerichtet, in dem sie um unverzügliche Entsendung polnischer, französischer, englischer und amerikanischer Truppen nach Galizien ersucht. Sie hat ihre Bitte damit begründet, daß Ostgalizien durch die Ruthenen besetzt ist und der polnischen Bevölkerung jede Bewegungsfreiheit genommen wird.

Die Ereignisse in Oesterreich.

Wichtige Beschlüsse des Staatsrates.

Der Deutsch-Oesterreichische Staatsrat in Wien hat, wie wir schon gestern kurz mitteilten, den vom Staatskanzler Dr. Renner vorgelegten Gesetzentwurf angenommen, in dem Deutsch-Oesterreich als Republik und als Bestandteil der deutschen Republik erklärt wird. Der Präsident des Staatsrates Selz begab sich sofort nach Fassung des Beschlusses mit Renner und Staatsnotar Schwelbger zu dem k. u. k. Ministerpräsidenten Dammasch, um ihm den Beschluß des Staatsrates mitzuteilen.

Der Staatsrat hat ferner beabsichtigt, der Provisorischen Nationalversammlung, die gestern in Wien zusammentreten sollte, den vorgesehenen Antrag zur Beschlussfassung vorzulegen:

Artikel 1. Deutsch-Oesterreich ist eine demokratische Republik. Alle öffentlichen Gewalten werden vom Volke eingesetzt.

Artikel 2. Deutsch-Oesterreich ist ein Bestandteil der deutschen Republik. Besondere Gesetze regeln die Teilnahme Deutsch-Oesterreichs an der Gesetzgebung und Verwaltung der deutschen Republik, sowie die Ausdehnung des Geltungsbereichs von Gesetz und Einrichtungen der deutschen Republik auf Deutsch-Oesterreich.

Artikel 3. Alle Rechte, welche nach der Verfassung der Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder dem Kaiser zustanden, gehen einzuweilen, bis die konstituierende Nationalversammlung die endgültige

Verfassung festgelegt hat, auf den Deutsch-Oesterreichischen Staatsrat über.

Artikel 4. Die 1. und 2. Ministerien werden aufgelöst. Ihre Aufträge und Vollmachten auf dem Staatsgebiet von Deutsch-Oesterreich gehen auf die deutsch-Oesterreichischen Staatsämter über.

Artikel 5. Alle Gesetze und Gesetzesbestimmungen, durch die dem Kaiser und den Mitgliedern des kaiserlichen Hauses Vorrechte zugestanden werden, sind aufgehoben.

Artikel 6. Die Beamten, Offiziere und Soldaten sind des dem Kaiser geleisteten Treueides entbunden.

Artikel 7. Die Uebernahme der Krongüter wird durch ein Gesetz durchgeführt.

Artikel 8. Alle politischen Vorrechte sind aufgehoben. Die Delegation, das Herrenhaus und die bisherigen Landtage sind abgeschafft.

Artikel 9. Die konstituierende Nationalversammlung wird im Januar 1919 gewählt. Die Wahlordnung wird nach von der provisorischen Nationalversammlung beschlossen. Sie beruht auf der Verhältniswahl und auf dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Stimmrecht aller Staatsbürger ohne Unterscheid des Geschlechtes.

Artikel 10. Nach den gleichen Grundzügen ist das Wahlrecht und das Wahlverfahren der Landkreise, Bezirke und Gemeindevertretungen zu ordnen.

Sozialistische Bewegung in der Schweiz.

Die Forderungen der Arbeiterpartei.

Wie aus Bern gemeldet wird, haben die verschiedenen schweizerischen sozialdemokratischen Organisationen den Beginn des allgemeinen schweizerischen Generalstreiks in der Nacht vom 10. zum 11. November beschlossen als Protest gegen die vom Bundesrat vorgenommenen Lohnsenkungen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Zürich. In dem Aufruf des zürcher Aktionskomitees ist die derzeitige Landesregierung als unfähig bezeichnet, der Zeit und ihren Verantwortlichen gerecht zu werden. Die Behörden hätten das Recht verwirkt, im Namen des Volkes zu sprechen. Es sei deshalb die ungekürzte Umbildung der bestehenden Landesregierung zu verlangen. Die neue Regierung habe sich auf folgende Mindestforderungen zu verpflichten: 1. Sofortige Neuwahlen des Nationalrates auf Grundlage des Proporz. 2. Passives und aktives Frauenwahlrecht. 3. Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht. 4. Einführung der 48-Stunden-Woche in allen öffentlichen und privaten Unternehmungen. 5. Organisation der Armee im Sinne des Volkseres. 6. Sicherung der Lebensmittelversorgung im Einzelhandel mit den landwirtschaftlichen Produzenten. 7. Arbeiter- und Invalidenversicherung. 8. Staatsmonopol für Import und Export. 9. Tilgung aller Staatsschulden durch die Bestehenden. — Die mobilisierten Truppen werden aufgefordert, Soldatenräte zu bilden.

Kleine politische Meldungen.

Mitglied des Staatssekretärs des Reichshofamtes Bernoldi wird als Reichsfänger zurückgeführt.
Verhaftung der Ausländer in Rußland. Nach in Helsingfors (Finland) eingegangenen Mitteilungen hat die Regierung der Bolschewiki alle Unterthanen fremder Mächte verhaften lassen, unter ihnen auch die Mitglieder des deutschen Generalkonsulats in Petersburg.
Einführung des Nationalrats. Die Mitglieder der zweiten Kammer des schweizerischen Bundesrates haben sich als einflussreichster Nationalrat konstituiert, und aus ihrer Mitte einen provisorischen Verwaltungsausschuss ernannt.
Türkischer Krieg in Deutschland. Das Völkchen "Prava Rida" veröffentlicht einen Gruß an die sozialistische deutsche Republik.
Durchmarsch deutscher Truppen durch Ungarn. Nach einer Meldung des deutschen Verbindungsstabes in Budapest hat die ungarische Regierung der 11. Armee und der Ersten Madenien je 6 Züge täglich zum Abtransport zur Verfügung gestellt.
Rückland Beziehungen zu Deutschland. Die Sowjetregierung beabsichtigt, die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland mit möglichst baldiger Wiederaufnahme wieder aufzunehmen. Nach Informationen der Moskauer Presse soll jedoch der bisherige Bevollmächtigte Doffe nicht nach Berlin zurückkehren. Ebenso kommt das bisherige Personal der Botschaft für die Verwendung auf dem Berliner Posten in Betracht.
Italien fürchtet die Revolution! Wie die "S. Z." am Sonntag meldet, bringt die italienische Presse, offenbar den Äußerungen ihrer Zensur gehorchend, kein Sterbenswort über den Umsturz in Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Dies sei für die Weltanschauung, welche die italienische Regierung bezüglich der Rückwirkung der deutschen Ereignisse auf die Stimmung in Italien hegt, höchst kennzeichnend.
Waffenkumgebungen in Schweden. Am Sonntag hat in Stockholm eine große Kundgebung gegen die Verteuerung der Lebensmittel stattgefunden. Das jungsozialistische Blatt "Politiken" veröffentlicht das Programm einer Massenaktion zur Herbeiführung der sozialistischen Republik in Schweden. Wenn nötig, soll zur Erreichung derselben ein allgemeiner Ausstand verhängt werden. In diesem Programm wird eine republikanische Verfassung, Abschaffung der ersten Kammer, sofortige Einführung einer konstituierenden Nationalversammlung, sofortige Einstellung der Truppenübungen, durchgreifende Erhöhung aller Arbeiterlöhne und Beamtengehälter, Einführung des achtstündigen Arbeitstages und Abschaffung der Inhabilität durch die Arbeiter gefordert. Der Aufruf fordert schließlich zur Bildung von Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten auf.
Amerika demobilisiert. "Herald" meldet aus New York: Die Demobilisationskommission in Washington beschloß den Beginn der Demobilisation der nach Europa entsandten Truppen für den 20. Dezember. Das Meer in Europa wird erst nach dem allgemeinen Friedensschluss gemeinsam mit dem demobilisierten amerikanischen Heer gegen die Tschechoslowaken. Ungarischer Protest gegen die Tschechoslowaken. In Prag und der Abgabenminister Bartha erließen einen Aufruf, in welchem sie das von den tschechoslowakischen Truppen, trotzdem Ungarn sich nicht im Kriegszustand mit dem tschechoslowakischen Staat befinden, die Stadt weitzergangs abzuschließen.
Roch soll ermordet sein. Wie die "Weltzeitung" aus Moskau meldet, haben sich die in der Antikommunisten-Vereinigung ermordet worden. — Die Nachricht ist von keiner Seite bestätigt.

Englische Kriegsschiffe. Die englische Admiralität berichtet, daß das britische Kriegsschiff "Ella" am 8. November in der westlichen Einfahrt der Meerenge von Gibraltar torpediert und versenkt wurde. 89 Offiziere und 678 Mann wurden gerettet, 40 Personen sind vermisst.

Von Stadt und Land.

Mus., 13. November.

Beschlüsse der Fortschrittspartei in Sachsen. Der Bundesauschluß der Fortschrittlichen Volkspartei Sachsen hat am Sonntag in Dresden getagt und folgende Kundgebung einstimmig beschlossen: Wir fordern die Umgestaltung des Militärstaates in einen freien Volksstaat als ein von uns von jeher erstrebtes Ziel. Wir wollen die wahre Demokratie; wir verwerfen die Diktatur des Adels, ebenso wie jede einseitige Parteiherrschaft. Wir fordern persönliche Freiheit, Freiheit der Presse, Schutz des Eigentums und der Erwerbs- und Ernährungsverhältnisse. Wir erstreben eine Neuordnung im sozialen Sinne. Der jetzige Zustand entspricht nicht den Anforderungen einer wirklichen Demokratie. Er birgt die Gefahr bolschewistischer Zustände. Die Entscheidung über die künftige Gestaltung des Staates steht allein einer auf verfassungsmäßige Weise zu berufenen, aus allgemeinen, gleichen, unmittelbaren Verhältniswahlen hervorgegangenen Nationalversammlung zu. Durch diese sind die Arbeiter- und Soldatenräte, die nicht als die Vertretung des gesamten Volkes gelten können, so schnell wie möglich abzuschaffen.

Arbeitsangelegenheit. Der Abtm. Max Bräuer, Bodauergasse 16, erhielt das E. R. 2. Kl. und die Friedr.-Aug.-Medaille in Bronze.

Ein Jubiläum. Der Schlosser-Vorarbeiter Robert Bertram, wohnhaft in Admitz, kann heute auf eine 25jährige Tätigkeit bei der Firma Erdmann Strichs zurückblicken.

Die beiden Auer Frauen-Vereine richten an unsere Hausfrauen die herzlichste Bitte, sie wollen den in diesen Tagen an ihren Türen klopfenden Schulkindern ihre Bestände an Sekt-, Wein- und Arzneiflaschen überlassen. Der Erlös für die Flaschen ist für die Unterstützung armer vaterloser Konfirmanden bestimmt. Möchten darum die Schulkinder überall offene Türen und willige Herzen finden!

Sebensmittel am Donnerstag: Marmelade.

1. Die Grippe und ihre Folgen in Aue. Ungemein zahlreich waren in letzter Zeit die Todesfälle an der Grippe (Influenza) und Lungenerkrankung. Nachfolgende Uebersicht, bei der die feuchtarartige Grippe mit der einfachen Lungenerkrankung zusammengefaßt ist, bezieht sich auf die Orte Aue, Auerhammer, Rißterlein (Stadtebene) (Aue). Im August bis September 1917 entfielen auf eine Gesamtzahl von 104 Sterbefällen vier an Lungenerkrankung. Nimmt man dieses Verhältnis als normal an, so setzt mit 1918 das Anwachsen ein. Es starben an Grippe und Lungenerkrankung 1918, 1. Halbjahr: 12 bei insgesamt 133 Todesfällen, — 9 vom Hundert. Juli—September: 9 bei insgesamt 68 Todesfällen, — 13 vom Hundert. Oktober: 42 bei insgesamt 64 Todesfällen, — 66 vom Hundert. 1.—5. November: 20 bei insgesamt 23 Todesfällen, — 87 vom Hundert. 6.—11. November: 6 bei insgesamt 11 Todesfällen, — 55 vom Hundert.

Auffällig ist, daß die Krankheit besonders für Personen im kräftigsten Lebensalter und namentlich für junge Mädchen und Frauen gefährlich ist; so sind in der Zeit vom 1. Oktober bis 5. November 17 Personen weiblichen Geschlechts gegen 4 Männer, im Alter von 21—40 Jahren verstorben. — Gegenwärtig scheint die Krankheit bereits im Abflauen zu sein.

Der erste Schnee. Heute Mittag hatten wir zum ersten Male in diesem Herbst den Anblick von Schneeflocken — zwar kamen sie mit Regen vermischt vom bleigrauen, melancholischen Himmel, aber es war doch regelrechter Schnee. Freilich hielt er sich und zerfiel, sobald er die Erde erreichte. Ein ideales Wetter für heute, — die zur Grippe eignet.

Keine Ungültigkeitserklärung der Arleianen. In der Provinz wird das Gerücht verbreitet, daß die gegenwärtige Regierung die Absicht habe, die Arleianen zu annullieren. Die Regierung legt Wert darauf, diese Gerüchte aufs bestmögliche zu widerlegen.

Schuhe für die Zivilbevölkerung. Wie das "Leipziger Tageblatt" mitteilt, sind 30000 Paar Militärstiefel, die fertig in den militärischen Depots lagen, dem Arbeiter- und Soldatenrat ausgeliefert worden. Sie sollen baldmöglichst an die Zivilbevölkerung zu angemessenem Preise verkauft werden, um sofort der Schuhnot wirksam zu steuern.

Die neue Soldatenlöhnung. Dem "S. Tagebl." zufolge erhalten die Soldaten täglich 7 Mark Löhnung, die Soldaten aber, die eine rote Binde tragen, also in besonderem Auftrage des Arbeiter- und Soldatenrates arbeiten, erhalten eine tägliche Löhnung von 12 Mark. Besonders Offiziersgehälter fallen weg. Die Offiziere werden in gleicher Weise wie die Mannschaften bezahlt.

Cheater, Konzerte, Vergnügungen.

Zugabend Ella Gensel. Ihrem Zugabend am 10. November hat Fräulein Ella Gensel ein reiches Programm zu Grunde gelegt. Das abwechslungsreiche Programm wird besonders beliebt dadurch, daß jedem Tanz sein besonderer Charakter und ein eigenes Kostüm zu teil wird. Ein wenn auch nur schwaches Bild von der Fülle des Gebotenen vermögen die in der Zigarrenhandlung von Otto Boring ausgefallenen Bilder der Künstlerin zu vermitteln. Preis der Plätze und alles andere erhebt man aus der heutigen Ausgabe und den Plakaten.

Zwischen, 12. November. Der hiesige Arbeiter- und Soldatenrat hat folgende Beschlüsse gefaßt: 1. Unterlassung der Briefzensur. 2. Sachgemäße Behandlung der Mannschaften durch die Vorgesetzten. 3. Straffrei-

Rückkehr sämtlicher Kameraden in die Kasernen. 4. Alle Maßnahmen zum Schutze des Privateigentums werden sofort vom Arbeiter- und Soldatenrat festgesetzt. 5. Es gibt außerdienstlich keine Vorgesetzten mehr. 6. Unbeschränkte persönliche Freiheit jeden Mannes von Beendigung des Dienstes bis zum Beginn des nächsten Dienstes. 7. Offiziere, die sich mit der Maßnahme des Arbeiter- und Soldatenrates einverstanden erklären, begrüßen wir in unserer Mitte. Alle übrigen haben ohne Anspruch auf Versorgung den Dienst zu quittieren. 8. Jeder Angehörige des Soldatenrates ist von jeglichem Dienste zu befreien. 9. Das gesamte Sanitätspersonal einschließlich der Ärzte hat seinen bisherigen Dienst fortzusetzen. 10. Sämtliche in Zukunft zu treffenden Maßnahmen sind nur mit Zustimmung des Arbeiter- und Soldatenrates zu treffen. 11. Die militärische Kommandogewalt wird vom Arbeiter- und Soldatenrat ausgeübt, jeder anderen Instanz ist der Gehorsam zu verweigern. Jegliche Schutzmaßnahmen durch Blutvergießen haben zu unterbleiben. Der Arbeiter- und Soldatenrat wird für Auszahlung der Löhnung, sowie für gute Verpflegung der Mannschaften Sorge tragen. — Der städtische Bau der Ingenieurschule am Hindenburgplatz ist durch Kauf in den Besitz der vom Gewerbeverein Zwickau betriebenen Gewerbeschule übergegangen.

Planen i. S., 12. November. Zur Bekämpfung der Schwinducht überwiegt die Bogtänbische Maschinenfabrik A. S. dem Rat der Stadt 50000 Mark, die den Plan der Errichtung einer Walderholungsstätte wesentlich fördern helfen.

Chemnitz, 12. November. Der Rat der Stadt bewilligte den städtischen Arbeitern Löhnerhöhungen, die einen Mehraufwand von rund 815000 Mark verursachen. — Der Unterricht in sämtlichen Schulen, der infolge des Umschlagens der Grippe mehrere Wochen ausgesetzt worden war, ist wieder aufgenommen worden. — Der Arbeiter- und Soldatenrat hat den Genossen Rechtsanwalt Dr. Rud. Garnisch zum Polizeipräsidenten von Chemnitz ernannt. — Unter der Anklage bei der Firma Hibel & Co. in Chemnitz Garn im Werte von 80000 Mark entwendet zu haben, befanden sich eine Anzahl junger Burken auf der Anklagebank des hiesigen Gerichts. Sie erhielten Strafen von 1 Jahr Gefängnis bis 3 Jahren Zuchthaus. — Ein verwegener Einbruchsdiebstahl wurde in der Nacht zum Montag in ein hiesiges Konfektionshaus ausgeführt. Den Dieben fielen u. a. in die Hände 6 Ballen dunkler Wollengarn-Unterzieherstoff, 12 Ballen modischer Anzugstoff, 10 Ballen gestreifter und gemusterter Hosenstoff und 39 Ballen verschiedenartiger Westenstoff. Ueber den Verbleib des gestohlenen Gutes, dessen Wert sehr erheblich ist, konnte nichts ermittelt werden.

Schuma, 12. Nov. Aus Anlaß ihres 25jährigen Bestehens stiftete die Papierfabrik Wiede und Söhne in Trebsen-Pauschwitz zugunsten ihrer Arbeiter 300000 Mark. 20 Jubilare wurden mit Ehrenurkunden und Geldgeschenken ausgezeichnet.

Leipzig, 12. November. Wie die "Leipziger Abendzeitung" meldet, stud am Sonnabend die Kriegsgewaltigen Dertel und Grünwaldt von befreiten Gefangenen festgenommen worden. Mittags wurden sie nach dem Volkshaus gebracht. Dann sind sie verhaftet worden und niemand weiß, wo sie sich zurzeit befinden. Sie sollen mißhandelt und verletzt worden sein. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat angeordnet, daß jeder, der ihnen Aufenthalt erfährt, sofort ihre Freilassung und Ueberführung in ärztliche Behandlung veranlassen müsse.

Vermischtes.

Das Urteil im Prozeß wegen des Dresdener Eisenbahnunglücks am 12. September ist noch gestern gefällt worden. Es lautete gegen den Lokomotivführer des Unglückszuges, Schneider und gegen den Heizer Becker wegen fahrlässiger Verhinderung eines Eisenbahntransportes und wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung auf je acht Monate Gefängnis. Die Untersuchungshaft wird angerechnet. Aus den Begründungen ist hervorzuheben, daß dem Angeklagten Schneider der Milderungsgrund der Farbenblindheit zur Seite steht. Eine große Bewegung ging durch den gefüllten Sitzungssaal, als die Gutachten der Sachverständigen, darunter Universitätsprofessoren aus München und Würzburg, verlesen wurden. Danach nämlich ist der Angeklagte Schneider farbenblind, und zwar rot-grünblind, das heißt, er verwechselt die rote mit der grünen und die grüne mit der roten Farbe. Diese Farbenblindheit ist in der Familie Schneider schon seit mehreren Generationen erblich. Unverständlich bleibt, wie ein erblich farbenblinder Lokomotivführer an einer so wichtigen Stelle viele Jahre lang im Amte sein konnte, ohne daß Unregelmäßigkeiten zu verzeichnen gewesen sind. Gerade Schneider fuhr den einzigen Schnellzug in Sachsen (den abends nach 8 Uhr in Leipzig abgehenden D-Zug 13), der ohne Aufsicht bis Dresden durchfährt. Die Generaldirektion der sächs. Staatseisenbahnen wird im Interesse der allgemeinen Beruhigung nicht umhin können, sich so schnell als möglich dazu zu äußern.

Einführung von Standgerichten in Berlin. Wie mitgeteilt wird, hat im Kriegsministerium ein Ausschuss des Soldatenrates für Groß-Berlin getagt, der beschlossen hat, die Grundzüge für die Einführung von Standgerichten aufzustellen. Weiter ist eine Reihe von Maßnahmen im Gange, die bestimmt sind, die öffentliche Ruhe und das Privateigentum unbedingt gegen jeden unbefugten Eingriff zu sichern. In Berlin sind drei Zivilpersonen und zwei Soldaten wegen Mißhandeln verhaftet worden. Das Todesurteil wird erst gegen sie vollstreckt, nachdem der Arbeiter- und Soldatenrat seine Zustimmung erteilt hat.

Schießerei in Hannover. Am Bahnhof und in der Rochstraße in Linden bei Hannover kam es Montag nacht zu heftiger Schießerei zwischen Sicherungspatrouillen und Räuberbanden, die mit Handfeuerwaffen und Maschinengewehren ausgerüstet waren und über zwei Automobile ver-

fügte. Die Sicherungspatrouillen brachten 84 Verwunden ein, von denen die drei Hauptverwundeten standrechtlich erschossen wurden.

Ein Anschlag auf das Ansehen des Schloß. In den vorgelagerten Alleen wurden von gewissen Elementen, die sich zum Teil als Soldaten und von einem Matrosen, namens Klump, geführt wurden, ein Anschlag gegen das Schloß und auch gegen einzelne Banken in Karlsruhe beabsichtigt, der jedoch durch die angeordneten Maßnahmen des U. und G. Rates nicht zur Ausführung kam. Der Anschlag wurde vereitelt, ohne daß es zu Blutvergießen kam.

Letzte Drahtnachrichten.

Zusatz zu den Waffenstillstandsbedingungen
Berlin, 18. Nov. Der deutsche Waffenstillstandsdelegation ist folgendes Zusatz zu dem Vertrage zugegangen: Als Maßstab auf die neuen Ereignisse wird den Bedingungen des Waffenstillstandes zur See hinzugefügt: Falls die Fahrzeuge nicht in den bezeichneten Häfen übergeben werden sollten, werden die Regierungen der Verbündeten und der Vereinigten Staaten das Recht haben, Helgoland zu besetzen, um ihre Uebergabe zu sichern.

Glänzer des Ergebnis der neunten Kriegsleihe.

Berlin, 18. November. Das Ergebnis der 9. Kriegsleihe beträgt nach den bisher vorliegenden Meldungen ohne die zum Umtausch gelangten älteren Kriegsleihen 10337000 000 Mark. Teilzeichnungen stehen noch aus, so daß sich der Gesamtbetrag noch etwas erhöhen dürfte. Im Hinblick auf die schwierigen Verhältnisse, unter welchen die Kriegsleihe aufgelegt wurde, muß dieses Ergebnis, wenn gleich es an die Resultate der vorangegangenen Anleihen sicherlicherweise nicht heranreicht, doch als höchst befriedigend bezeichnet werden.

Aufrufe der neuen Regierung an Heer und Marine.

Berlin, 12. November. Telegramm der Volkeregierung an die Oberste Seeresleitung: Die Volkeregierung ist von dem Wunsche befehle, daß jeder unserer Soldaten nach den ausfälligen Kämpfen und den unerhörten Entbehrungen in kürzester Zeit nach der Heimat zurückkehrt. Dieses Ziel ist aber nur zu erreichen, wenn die Demobilisierung nach einem ordentlichen Plane vor sich geht. Falls einzelne Truppen willkürlich zurückrufen, so gefährden sie sich selbst,

ihre Kameraden und die Heimat aufs schwerste. Ein Chaos mit Hunger und Not müßte die Folge sein. Die Volkeregierung erwartet von Euch strengste Selbstkürzung, um unermesslichen Schaden zu verhüten. Wir ersuchen die Oberste Seeresleitung, das Heer von untenstehender Erklärung der Volkeregierung in Kenntnis zu setzen und anzuordnen: Das Verhältnis zwischen Offizieren und Mann hat sich auf gegenseitigem Vertrauen aufzubauen und willige Untergebungen des Mannes unter den Offizieren und Kameradschaftliche Behandlung des Mannes durch den Vorgesetzten sind hierzu Vorbedingungen. Das Vorgesetzte vorhältnis des Offiziers bleibt bestehen. Die Soldaten haben zur Aufrechterhaltung des Vertrauens zwischen Offizieren und Mann beratende Stimme in Fragen der Verpflegung, des Urlaubs, der Verhängung von Disziplinarstrafen. Gleiche Ernährung für Offiziere und Mannschaften, gleiche Zuschüsse zu den Wohnungen und gleiche Geldzulage für Offiziere und Mannschaften. Von der Waffe gegen Angehörige des eigenen Volkes ist nur in der Notwehr oder zur Verhinderung von Plünderungen Gebrauch zu machen.

Berlin, 12. November. Die Regierung hat an den Staatssekretär des Reichsmarineamtes ein Telegramm übersandt, in welchem es u. a. heißt: Wir bitten für die gesamte Marine anzuordnen, daß die militärische Disziplin, Ruhe und straffe Ordnung in der Marine unter allen Umständen aufrecht zu erhalten sind, daß daher den Befehlen der militärischen Vorgesetzten bis zur erfolgten Entlassung unbedingt zu gehorchen ist, und daß eine Entlassung von Marineangehörigen aus der Marine nur auf Befehl der militärischen Vorgesetzten zu erfolgen hat. Die Vorgesetzten haben ihre Waffen und Rangabzeichen zu beizubehalten. Alle Beschädigungen von Schiffen, militärischen Einrichtungen und Kriegsmaterial müssen unterbleiben. Wir bekommen Frieden nur, wenn wir die uns auferlegten Bedingungen des Waffenstillstandes erfüllen. (Gez.) Ebert, Haase, Scheidemann, Landsberg, Dittmann, Barth.

Die Nationalversammlung und das Bürgertum.

Berlin, 15. Nov. Im Vorwärts schreibt Stämpfer: Die Mitglieder der neuen Regierung nennen sich Volkshauptleute. Nur durch ordentlichen Mehrheitsbeschluß auf Befehl der allgemeinen Wahlen kann das Volk geeignete Aufträge erteilen. Da die neue Regierung solcher Aufträge noch entbehrt, muß sie ihr Amt als ein vorläufiges auffassen. Sie muß sobald wie nur irgend möglich eine allgemeine Volksvertretung, eine konstitutionelle

Vollversammlung wählen lassen. Für die Einberufung einer solchen Versammlung hat sich die neue Reichsleitung in ihrem Programm mit deutlicher Klarheit ausgesprochen. — Die Deutsche Zeitung verlangt Einigung der beiden liberalen Parteien zur Vorbereitung der Nationalversammlung. Bis zu deren Zusammenkunft sei es Pflicht des deutschen Bürgertums, sich einmütig hinter die Regierung zu stellen. — Eine Rundgebung der fortschrittlichen Volkspartei verlangt sofortige Wahl der Nationalversammlung. Im „Berl. Tagebl.“ verlangt Prof. Weber Wahl der Nationalversammlung vor Beendigung der Demobilisation und für die kommende Wahl allgemeine Listenwahl, damit die noch nicht heimbekehrten Soldaten ihre Stimme in die Wagtschale werfen können. Das Berliner Tageblatt fordert die bürgerlichen Offiziere auf, sich wieder auf den Straßen zu zeigen, um darzutun, daß ein sehr erheblicher Teil des bürgerlichen Offizierskorps seinen Anschlag an die Revolution vollzogen hat.

Die Vorgänge in Polen.

Warschau, 12. November. (Werbung des Soldatenrates). Seit gestern Vormittag sind die Häuser und Gebäude der deutschen Militär- und Zivilverwaltung von den polnischen Behörden besetzt und die Akten und Gelder beschlagnahmt. Im allgemeinen ereigneten sich keine ernsthaften Zwischenfälle.

Schnelle Justiz in Berlin.

Berlin, 12. November. Ein Russe, der einen Raubüberfall auf eine Frau gemacht hatte, wurde, nachdem er ein Geständnis abgelegt hatte, sofort auf dem Hofe des Polizeipräsidenten standrechtlich erschossen. — Bei den vorgestrigen Ausschreitungen am Alexanderplatz wurden zwei Personen getötet, vier andere schwer verletzt.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Paul Gelbmann. — Druck und Verlag: Auer-Druck- u. Verlagsanstalt m. b. H.

Amtliche Bekanntmachung. Pferdefleischverkauf

bei Georg Brause, Schneebergerstr., Donnerstag, den 14. Nov. nachmittags 1 bis 4 Uhr auf die Nummern 2801—4490 auf den Abschnitt B der Pferdefleischkarte. Auf den Abschnitt entfällt 1/2 Pfund.
Aus, den 18. Nov. 1918. Der Rat der Stadt.

Erzgebirgische Bank E.G.m.b.H. Schneeberg-Neustädtel - Hartenstein - Lauter i. Sa. - Aufbewahrung verschlossener Depots.

Es ist bestimmt in Gottes Rat, daß man, vom Liebsten was man hat, muß scheiden.
Plötzlich und unerwartet erhielten wir die traurige Nachricht, daß mein lieber Oatte, der treusorgende Vater seiner Klader, unser lieber Sohn, Schwiegersohn, Bruder und Schwager, der Landsturmann

Ernst Döbrig

infolge Krankheit in einem Feldlazarett verstorben ist.
Er wurde von seinen Kameraden mit allen militärischen Ehren auf einem Militärfriedhof zur letzten Ruhe gebettet.

In unsagbarem Schmerz
die schwergeprüfte Gattin **Ella Döbrig** geb. Mehlhorn
im Namen aller Angehörigen.

Aue, Carlsfeld, Lengsfeld und im Felde, den 13. November 1918.

Er ging von uns mit schwerem Herzen und hoffte auf ein Wiederseh'n; doch all zu groß sind unsere Schmerzen, da dieses kann nicht mehr geschehen. Die Scheidestunde schlug zu früh, doch Gott der Herr bestimmte sie. Fern ist Dein Grab, tief unser Schmerz, nun ruhe sanft, geliebtes, treues Herz in fremder, kühler Erde.

Die Homöopath. Abteilung
von
Kuntze-Apotheko
bringt ihre Medikamente in empfehlende Erinnerung.

Ein Waggon gutverlesene Bornaer
Speisefarotten
(1. Sorte) trifft morgen ein.

Beste geeignete Ware zum Einkellern, der
Zentner Mark 14.00
ab Bahnhof. Wiederverkäufer billiger.

Bestellungen darauf nimmt schon heute entgegen
Willy Möser,
Wozartstr. 1 (Ecke Schwarzenbergerstr.). Fernspr. 887.

Kartoffeln treffen bestimmt ein. Tag
des Eingangs wird noch bekannt gegeben. D. Obg.
Bestellungen darauf nimmt schon heute entgegen

Meerrettich, Möhren und Sellerie
empfehlen billig zum Einkellern
Max Müller, Aue, Ernst Papst-Str.
Händler erhalten Vorzugspresse.

Kartoffelpulpe,
zur Pferdefütterung gut geeignet, empfiehlt
Ernst Schulz, Reichsstr. 9.

Meine Buchdruckerel
ist wieder im vollen Betriebe.
Ich bitte ergebenst um freundliche Berücksichtigung bei Bedarf von
Drucksachen jed. Art
und bemerke, daß ich noch über reichh. Lager in Papieren, Briefumschlägen, Briefpapierkassetten u. s. w. verfüge.
Edwin Plasnick, Aue,
Goethestraße. — Fernruf 354.
Trauerdrucksachen innerh. einer Stunde lieferbar

Urlauber

auf einige Tage zur Ausbisse gesucht.
Julius Schneider, Aue,
Kuechhammerstraße 22.

Haararbeiterinnen

für leichte, dauernde Beschäftigung suchen sofort
Stern & Gauger,
Verdäufabrik u. Haargroßhdlg., Aue, Wittenerstr. 48.

Guts-Sekretärinnen,
Buchhalterinnen in Industrie u. Landwirtschaft,
tüchtige Kontoristinnen
werden dauernd gesucht.
Gewissenh. Einzelausbildung für diese Posten
durch Bücherrevisor
Bretschuch, Aue. Tel. 725.

Ehrliches, **Dienstmädchen** od. Aufwart. gesucht.
anständig. **Carolastraße 2, pt.**

Bitte an die Auer Hausfrauen.

Die Frauen-Vereine bitten die lieben Auer Hausfrauen, ihre Wein- und Arzneiflaschen best. anknopfbaren **Schulkindern** zum Besten der armen vaterlosen Konfirmanden überlassen zu wollen.
J. U. Pastor Oertel,
Kurator des Frauen-Vereins.

Hauptversammlung des Frauenvereins

Klösterlein-Zelle mit Niederpfannenstiel
Freitag, den 15. November 1918
abends 7/8 Uhr im Konfirmandensaal.
Dazu ladet höflichst ein der Frauenverein.
Aue, den 12. November 1918.

Künstler-Verband Dresden e. V.
Gemälde-Ausstellung
vom 13. November bis 1. Dezember im
alten Sitzungssaal des Stadthauses z. Aue
Geöffnet täglich von 10—4 Uhr. Eintritt frei.

„Bürgergarten“ Aue
Sonnabend, den 16. November,
abends 8 Uhr

Einmaliger Tanzabend

von **Ella Henriol**
bisher erste Solotänzerin der städt. Theater, Leipzig
Preise der Plätze im Vorverkauf: Mark 2.—, 1.50, 1.—, an der Abendk. 25 Pfg. Aufschlag.
Vorverkauf bei Herrn **Otto Lorenz, Zigarrenhandlung, Schwarzenberger Straße.**

Steuer-Rat und Hilfe

Angelegenheiten,
bei Deklarationen, Inventur- und Bilanz-Ordnern, Bücherabschlüssen, Nachtragen etc. durch
Bücherrevisor
Bretschuch, Aue,
Tel. 725. Wittenerstr. 46.

Stets vorrätig und in Arbeit
ca. 2000 Klingschmiedinger
sowie alle sonstigen Triebwerkstoffe.
Hofmann & Sohn
Maschinenbau
Löbnitz-Dittersdorf.
Farsprecher Aue 390.

Zöpfe

herb. u. repariert billigst
in kürzester Zeit
Stern & Gauger
Zöpfe- u. Perückenfabrik, Aue
Wittenerstr. 48 am Westingplatz
Herstellte auch alle Handwerksstoffe für Kriegswärter.

Gelbe Kohlrüben

Kohlrüben
Runkelrüben
Weißkohl
Möhren
Kohlrabi
offeriert in Ladungen
frachtfrei jeder Station
J. H. Vogel, Siegmars
Telephon 70.

Piano tonl. wunderbar wie neu
für 1200 M. zu verk. Chemnitz,
Mühlstraße 13, Ritter.